

17.1.2007, 10.00 Uhr, im Café Schottenring, Wien

Pressekonferenz „Österreich raus aus EURATOM!“ von atomstopp_öo, PLAGE Salzburg, Global2000, Greenpeace, Umweltdachverband

Null in den Medien

Vorgeschichte:

Im Herbst 2006 ergriff Roland Egger, Geschäftsführer der OÖ. Plattform (atomstopp_oberösterreich) die Initiative für eine Kampagne zu Österreichs Austritt aus der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). November-Dezember: Ausarbeitung der Modalitäten und eines vorläufigen Kampagnenplanes zwischen OÖ und PLAGE-Salzburg. Bereits seit ca. Mitte Dez. fährt die Botschaft „50 Jahre EURATOM sind genug!“ in mehreren überregionalen Zügen der ÖBB als Inserat von atomstopp_öo im Zugbegleiter mit. Als Mitträger der Kampagne wurden Greenpeace-Ö und der Umweltdachverband (mit Öst. Naturschutzbund u.v.a.) sowie nach einigem dortigem Zögern Global 2000 gewonnen.

Auftakt-Pressekonferenz am 17. Jänner 2007, 10.00 Uhr: Ankündigung ab Do/Fr der Woche davor von atomstopp_öo per OTS and alle ö. Medien und viele Entscheidungsträger u.ä.; R. Egger hatte am Di 16.1. noch viele Journalisten angerufen, manche hatten besonderes Interesse bekundet. Also:

Die 5 „größten“ Antiatom- und Umweltorganisationen Österreichs erheben eine innen- wie außen- wie energiepolitisch hochbrisante Forderung.

Sie kündigen dazu gemeinsam eine Kampagne an.

Bei der PK erscheint kein/e einzige/r Vertreter/in eines breiteren Mediums.

Für exakt dieselbe Zeit, 17.1. um 10.00 Uhr, hatte das Umweltministerium ganze 2 Tage zuvor, Montag 15.1., seinerseits eine PK angekündigt (Thema: „Klimabilanz“), mit Umweltminister Pröll persönlich. Im Journalisten-Jargon sagt man zu so was: eine Pressekonferenz „abstechen“. Das erklärt manches - wenn auch nicht alles.

Z.B. erklärt es nicht, dass neben einer FPÖ-Aussendung nach der unsrigen mit Unterstützung für die Forderung nach EURATOM-Austritt wenig später die GRÜNEN ebenfalls eine nachschickten. Umweltsprecherin Ruperta Lichtenecker kritisierte darin den neuen BK Gusenbauer für atompolitische Versäumnisse und forderte energische Schritte Ö's auf EU-Ebene. Sie brachte es dabei aber zuwege, unsere Forderung nach Ö's Austritt aus EURATOM mit keinem Wort zu erwähnen. Eine „Meisterleistung“! Das läuft geradezu darauf hinaus, dem Umweltministerium bei seinem "Abstechen" der PK durch die erst Montag erfolgte eigene Einladung zu einer PK "Klimabilanz" zur exakt selben Zeit zu sekundieren.

Heinz Stockinger (PLAGE) hat daraufhin vorgeschlagen, daß die 5 Organisationen gemeinsam die GRÜNEN um einen Termin zur Sache mit LICHTENECKER, GLAWISCHNIG, VAN DER BELLEN ersuchen. Denn „es sollte nicht so weit kommen, daß wir vor der Zentrale der Grünen demonstrieren müssen, weil sie für den Verbleib Österreichs in Euratom sind.“

Bereits im Dez. 2006 hatten die PLAGE & atomstopp_öo an Glawischnig & Van der Bellen sowie zur Information an alle Landesfunktionäre/mandatäre/innen einen Brief mit der inständigen und begründeten Einladung geschickt, die Austrittsforderung zu unterstützen, oder jedenfalls sich vor einem gründlichen Gespräch mit den NGOs dazu nicht öffentlich festzulegen. Und die „Grande Dame“ der Grünen, Freda MEISSNER-BLAU, redete bei der Feier zu 20 Jahre Grüne im Nationalrat der Grünen-Spitze in genau die gleiche Richtung ins

Gewissen“. Die Antwort auf das Dezember-Schreiben erklärte die grundsätzliche Bereitschaft zu einem solchen Gespräch. Inhaltlich betonte sie – wie auch R. Lichtenecker in ihrer Aussen-
dung vom 17.1.2007 – die Forderung der Grünen nach einer Revisionskonferenz zum EURATOM-Vertrag. Eben dieser stellen die NGOs die Forderung nach einem Austritt aus dem EURATOM-Vertrag gegenüber: diesen Weg kann Österreich autonom völkerrechtlich geordnet gehen, für eine EURATOM-Revision/Reform wäre es auf die Zustimmung der 26 anderen Mitgliedstaaten angewiesen. Dies zum Realismus der einen und der anderen Strategie.

P.S. zur Presse:

-Die APA brachte aufgrund der parallel zur PK erfolgten Presseaussendung eine Meldung an alle Medien. Wir wissen natürlich nicht, ob davon in dieser oder jenen regionalen Zeitung etwas wiedergegeben wurde. Eine kurze Meldung brachte davon die Wiener Kronen-Zeitung (nicht aber die bundesweite Ausgabe).

-In Bereinigung einer für die Salzburger Nachrichten letztlich peinlich gewordenen Leserbrief-Verweigerung hat vor einiger Zeit SN-Chefred. M. Perterer der PLAGE einen Kommentar zur Atompolitik auf Seite 3 der SN zugesagt (3.000 Zeichen). Nachdem die Breitenmedien, einschl. SN, die NGO-Pressekonferenz zum Euratom-Austritt ignoriert und totgeschwiegen hatten, hat H. Stockinger die Presseunterlagen vom 17.1. zu einem Kommentar von 2.900 Zeichen für die SN zusammengefasst und Chefred. Perterer am 21.1. übermittelt. Es wird ein interessanter Testfall, ob die SN nun – angesichts des an politischer Relevanz nicht zu übertreffenden Themas des PLAGE-Kommentars – zu ihrer Zusage stehen werden. Bislang ist noch keine Reaktion seitens des Chefredakteurs eingelangt. Eine Variante, auf die man tippen könnte, wäre: die SN suchen nach einem „Gegenkommentar“ und finden ihn zB im Außenministerium. Immerhin: so käme Thematisierung endlich zustande. Andere spekulative Möglichkeiten sollen hier zurückgehalten werden.

Blick zurück:

Vom ganzen in die gleiche Richtung weisenden damaligen Informationskontext abgesehen seien hier nur 3 zentrale Erfahrungen der PLAGE mit den Medien aus den Monaten vor der Volksabstimmung über den EU-Beitritt 1994 herausgegriffen:

Mit ausgewiesenen Fachleuten, zwei davon bewusst aus EU-Staaten, veranstaltete die PLAGE in Wien 3 Pressekonferenzen im Abstand von 6 – 8 Wochen, zu wesentlichen Atomthemen:

1. Die Auswirkungen der Strommarktliberalisierung, wie sie die EU-Kommission u.a. Instanzen damals anpeilten, mit dem Vorstand eines der größten, fortschrittlichsten und erfolgreichsten kommunalen EVU Deutschlands, nämlich der Stadtwerke Saarbrücken.
2. Der Vergleich zwischen Strahlenschutzgesetzgebung/-standards in der EU und in Österreich, einschließlich der voraussichtlichen Auswirkungen ersterer auf letztere im Falle eines EU- und EURATOM-Beitritts mit einem Experten des Öko-Instituts Freiburg-Darmstadt (welcher übrigens später unter Rot-Grün in die deutsche Strahlenschutzkommission berufen wurde).
3. Die Frage der Vereinbarkeit von Österreichs Atomsperrgesetz 1978 und einer Mitgliedschaft bei EURATOM, mit dem Autor eines von der PLAGE in Auftrag gegebenen Gutachtens dazu, dem Salzburger Völkerrechtler Univ.-Prof.Dr. Michael Geistlinger.

Bei jeder (!) dieser 3 PKn war u.a. der ORF mit Redakteur/in und Kamera-Team (des ORF-Fernsehens) vertreten. Weder in den ORF-Rundfunkjournalen noch in „Zeit im Bild“ am Abend kam davon aber auch nur ein Wort. Lediglich bei der 3. dieser Pressekonferenzen

passierte eine kleine Panne: das innerhalb von Ö-1 relativ unabhängige Radio Österreich International (RÖI) brachte in seinen englischen Nachrichten etwas von dieser PK. Die Berichtsblokade war damit bescheiden, aber immerhin durchbrochen – „man“ konnte das nicht so stehen lassen. Wie man zwar zuvor den ganzen Tag kein Sterbenswort davon gebracht hatte, um zehn Uhr abends aber Prof. Geistlinger in Konferenzschaltung noch ins ORF-Studio „zerrte“ und eine Beinahe-Treibjagd in einer gesamtösterreichischen „Krone“-Titelschlagzeile tags darauf („Völkerrechtler erzählt EURATOM-Märchen!“) gipfelte, würde im Detail hier den Rahmen sprengen.

Die Frage ist angesichts des Boykotts seitens der Medien und der „Abstech-Hilfe“ seitens des Umweltministeriums am 17.1. angebracht: Soll die Informationspolitik, wann immer es über EURATOM geht, an jene Desinformation bzw Nichtinformation der Zeit vor dem EU-Beitritt nahtlos anschließen?? In einem Staat mit einem „Bundesverfassungsgesetz (BVG) für ein atomfreies Österreich“?! Nachdem die Regierungen dieses Staates so ziemlich sämtliche Chancen, innerhalb der EU und EURATOMs die längere Zeit – bei konsequenter und standfester Politik – gegebenen Chancen auf atomkritischen Bodengewinn bestanden, verspielt haben? Kann man etwa angesichts der verflochtenen Bildungs- und Wissenschaftsministerin Gehrler, die vor wenigen Monaten die Dreifacherhöhung des EU-Atomforschungsbudgets als Superinvestition in die Zukunft bejubelt hat, noch an Zufall, an bloß patscherte oder „bloß“ feige Atom- und Euratom-Politik der österreichischen Regierung(en) glauben? Hat das ganze nicht System – wenn man das Totschweigen der Initiative der fünf wohl wichtigsten Antiatom- & Umwelt-NGOs nun dazunimmt?